

2011 LKA BW Gemeinsames Lagebild Schleusungskriminalität BPOL

JAHRESBERICHT 2011



BUNDESPOLIZEI



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT



IMPRESSUM

GEMEINSAMES LAGEBILD SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT JAHRESBERICHT 2011

HERAUSGEBER

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

Telefon 0711 5401-0
Fax 0711 5401-3355
E-Mail stuttgart.lka@polizei.bwl.de
Internet www.lka-bw.de

Bundespolizeidirektion Stuttgart
Wolfgang-Brumme-Allee 52
71034 Böblingen

Telefon 07031 2128-0
Fax 07031 2128-1170
E-Mail bpoldstuttgart@polizei.bund.de

GESTALTUNG

Liane Köhnlein, LKA BW

DRUCK

Druckerei Mack GmbH,
Schönaich

Diese Informationsschrift wird im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben.

Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, die Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

GEMEINSAMES LAGEBILD SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT



	2010	2011	IN %	
EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN				
DELIKTE GESAMT	772	194	- 75	
EINSCHLEUSUNG MIT				
QUALIFIZIERTER BEGEHUNGSWEISE	662	96	- 85	
UNERLAUBTE EINREISE	1.884	1.935	+ 3	
UNERLAUBTER AUFENTHALT	3.308	3.613	+ 9	
MENSCHENHANDEL / FÖRDERUNG	42	56	+ 33	

INHALT

1	ENTWICKLUNGEN DES JAHRES 2011	5
	Zahl der Schleusungen stark gesunken	5
	Fallzahlen Unerlaubte Einreise/Aufenthalt insgesamt gestiegen	5
	Anstieg bei der Unerlaubten Einreise	6
	Anstieg beim Unerlaubten Aufenthalt	6
	Asylbewerberzahlen deutlich gestiegen	7
	Aktuelle Schleusungsrouten	7
	Familienschleusung	7
	Schleusung mittels Mitfahrzentralen	7
	Visaerschleichung im Rahmen von Veranstaltungen	8
	Dokumentenmissbrauch	8
	Internationale Zusammenarbeit	8
	Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung	9
	Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft	10
2	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN / GETROFFENE MASSNAHMEN	12
	Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung	12
	Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft	13
3	ANLAGEN	14
	Ansprechpartner	27

1 ENTWICKLUNGEN DES JAHRES 2011**ZAHL DER SCHLEUSUNGEN STARK GESUNKEN**

Im Jahr 2011 kam es beim Einschleusen von Ausländern zu einem starken Rückgang von 772 auf 194 Fälle. Der Anteil der qualifizierten Delikte¹, wie z. B. das Einschleusen von Ausländern als Mitglied einer Bande, gewerbsmäßiges oder banden- und gewerbsmäßiges Einschleusen hat sich von 662 auf 96 Fälle reduziert. Diese Zahlen sind aber insoweit zu relativieren, da die überdurchschnittlich hohen Fallzahlen des Jahres 2010 auf ein gemeinsames Ermittlungsverfahren (EV) der Polizeidirektion Freiburg und der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung (BPOLI KB) Stuttgart mit 587 Fällen zurückzuführen waren. Ohne Berücksichtigung dieses Verfahrens ergibt sich eine leichte Steigerung von 185 auf 194 Fälle bzw. im qualifizierten Deliktsbereich von 75 auf 96 Fälle.

Der Bearbeitungsanteil beträgt für die Landespolizei 62,4 %, für die Bundespolizei 32,0 % und für Sonstige 5,6 %. Von den 96 (75)² qualifizierten Delikten wurden 59 (31) Fälle gegen unbekannte Täter erfasst, davon 52 (28) durch das Polizeipräsidium Stuttgart und sieben (einer) durch die Bundespolizei. Grundlage für die Strafanzeigen waren Aussagen von geschleusten Personen zu Schleusungsrouten, Organisatoren und geflossenen Geldern.

Die Zahl der Tatverdächtigen sank von 165 auf 141 Personen. Diese stammen am häufigsten aus Deutschland 31 (47) und dem Irak 21 (21), gefolgt von Staatsangehörigen aus der Türkei 17 (zehn), aus China sieben (sieben) sowie Serbien fünf (zehn).

FALLZAHLEN UNERLAUBTE EINREISE/AUFENTHALT INSGESAM GESTIEGEN

Die Anzahl dieser Straftaten stieg um 6,9 % von 5.192 auf 5.548 Fälle. Der Bearbeitungsanteil der Bundespolizei blieb mit 56,6 % (56,5 %) nahezu gleich. In den Landkreisen mit Bezug zur schweizerischen Grenze war eine Steigerung um 33,3 % von 957 auf 1.276 Straftaten zu verzeichnen. Im Ortenaukreis war ein Anstieg um 11,3 % auf 834 (749) und im Landkreis Esslingen mit dem Flughafen Stuttgart ein Anstieg von 18,0 % auf 1.037 (879) Fällen festzustellen.

Die Anzahl der Tatverdächtigen stieg um 6,3 % von 5.271 auf 5.605 Personen. Die Rangfolge nach Herkunftsstaaten wird wie im Vorjahr von Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawien mit 1.103 (1.347) Personen angeführt, gefolgt von der Türkei mit 1.000 (1.102), den Maghrebstaaten mit 781 (384), dem Irak mit 393 (213) und den westafrikanischen Staaten mit 268 (270) Personen.

Der Anteil tunesischer Tatverdächtiger stieg um 460,9 % von 64 auf 359 Personen. Nach Erkenntnissen der Bundespolizei ist dieser Anstieg primär auf Ladendiebstahlserien im Grenzgebiet zur Schweiz zurückzuführen. Die Tatverdächtigen hatten dabei nicht vor, dauerhaft nach Deutschland einzureisen. Die tunesischen Täter waren als Asylbewerber in der Schweiz registriert.

¹ PKS-Schlüssel 7254** + 72522000, 72522001 und 75252003

² Vorjahreszahlen in Klammer

ANALYSEDARSTELLUNG

Seit dem 15. Mai 2010 können Staatsangehörige aus Albanien und Bosnien-Herzegowina visumsfrei nach Deutschland einreisen und sich hier innerhalb eines halben Jahres für insgesamt 90 Tage aufhalten, wenn sie sich mit einem biometrischen Reisepass ausweisen und Ziel der Einreise nicht die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist. Dieser Umstand führte bei der Unerlaubten Einreise zu einem Rückgang von 55 auf 37 Tatverdächtige und beim Unerlaubten Aufenthalt zu einem Rückgang von 98 auf 95 Tatverdächtige aus diesen Staaten. Die Anzahl der Asylbewerber aus Albanien und Bosnien-Herzegowina stieg im Gegenzug auf 81 (35) Personen.

ANSTIEG BEI DER UNERLAUBTEN EINREISE

Die Strafanzeigen bei der Unerlaubten Einreise sind um 2,7 % auf 1.935 (1.884) gestiegen.

Die höchsten Fallzahlen weisen die Landkreise mit Grenzbezug bzw. der Landkreis Esslingen mit dem Flughafen Stuttgart auf, weil dort der notwendige Bezug zu einem Grenzübertritt regelmäßig nachgewiesen werden kann bzw. am Flughafen das „Einschleusen mit gefälschten Dokumenten“ aus Griechenland weiter anhält.

ANSTIEG BEIM UNERLAUBTEN AUFENTHALT

Die Fallzahlen des Unerlaubten Aufenthalts sind um 9,2 % von 3.308 auf 3.613 gestiegen. Der Landkreis Esslingen weist mit dem Flughafen Stuttgart mit 809 (612) Fällen die höchste Belastung auf. Dies entspricht 22,4 % (18,5 %) der gesamten Fallzahlen. Der hohe Anteil von 656 (555) Fällen der Bundespolizei resultiert im Wesentlichen aus der Feststellung von aufenthaltsrechtlichen Verstößen bei der Ausreisekontrolle in Drittstaaten. Die Fallzahlen der Landespolizei im Landkreis Esslingen haben sich mit einem Anstieg von 52 auf nun 152 Fälle nahezu verdreifacht. Es folgen der Landkreis Konstanz mit 421 (188) Fällen, der Stadtkreis Stuttgart mit 402 (359) und trotz sinkender Fallzahlen der Stadtkreis Freiburg mit 277 (306) Delikten. Auffallend hohe Fallzahlen weisen auch der Ortenaukreis mit 219 (182) sowie der Ostalbkreis mit 136 (83) Straftaten auf.

ASYLBEWERBERZAHLEN DEUTLICH GESTIEGEN

Im Berichtsjahr wurden in Baden-Württemberg 6.340 (5.713) Erstanträge auf Asyl gestellt. Im Jahr 2007 hatte die Zahl noch bei einem Tiefststand von 2.451 Anträgen gelegen. Die Steigerung um 11 % im Vergleich zum Jahr 2010 liegt vor allem am stärkeren Zugang aus dem Irak 920 (755), aus Afghanistan 619 (449), dem Iran 448 (288), Algerien 172 (140) und Tunesien 120 (13). Den auffälligsten Anstieg verzeichneten Staatsangehörige aus Pakistan mit 779 (321) Personen.

Dies entspricht 30,7 % der bundesweit erfassten 2.539 (840) Erstanträge von pakistanischen Asylantragstellern. Teilweise deutliche Rückgänge gab es bei den Herkunftsländern Mazedonien 168 (437), Serbien 541 (667), Kosovo 251 (281) und Indien 288 (293). Aus diesen zehn Staaten kamen im Jahr 2011 67,9 % aller Asylbewerber.

AKTUELLE SCHLEUSUNGSROUTEN

Aufgrund verstärkter Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen deutscher Behörden verlagern sich die Schleusungsrouten von tunesischen, afghanischen oder irakischen Staatsangehörigen auf die Länder Frankreich und Spanien. Von dort erfolgen regelmäßig Ein- bzw. Durchschleusungen in oder durch das Bundesgebiet. Hierbei werden verstärkt Fernreisezüge von Paris, primär über die Strecke Frankfurt – Hannover – Hamburg, zur Weiterschleusung genutzt. Die Nutzung der TGV-/ICE-Verbindung Paris – Stuttgart konnte bisher nur in wenigen Fällen festgestellt werden.

FAMILIENSCHLEUSUNG

Bei Schleusungen nach Deutschland weichen Schleuserorganisationen verstärkt auf den Modus Operandi „Familienschleusung“ aus. Beispielsweise werden die Geschleusten durch die Organisation bis in das deutsch-schweizerische Grenzgebiet gebracht und von dort ohne Begleitung über die Grenze zu einem „point of interest“ z. B. regionalen Einkaufszentren oder touristischen Zielen geschickt. Dort erfolgt die Abholung durch bereits im Inland aufhältliche Familienangehörige, die zuvor durch die Schleuserorganisation zum Treffpunkt gelotst wurden.

SCHLEUSUNG MITTELS MITFAHRZENTRALEN

Schleuserorganisationen nutzen vermehrt die Arglosigkeit inländischer Autofahrer aus und versuchen Ausländer ohne Ausweise und Aufenthaltstitel über Internetportale wie „Mitfahrzentrale“ nach Deutschland ein- bzw. innerhalb Deutschlands weiterzuschleusen. Die zunehmende Nutzung dieser Portale und Aufgriffe in Baden-Württemberg bzw. bundesweit in diesem Zusammenhang lassen ein erhebliches Dunkelfeld vermuten.

ANALYSEDARSTELLUNG

VISAERSCHLEICHUNG IM RAHMEN VON VERANSTALTUNGEN

Wie weit die globale Vernetzung fortgeschritten ist und Informationen im Internet inzwischen auch durch Schleusungsorganisationen genutzt werden, kann am Beispiel einer Bogensportmesse in Tübingen verdeutlicht werden. Der Veranstalter bekam nach Veröffentlichungen über die Veranstaltung eine E-Mail aus dem Iran mit der Bitte, ein sogenanntes Einladungsschreiben für den Besuch der Veranstaltung zu übermitteln. Dieser Bitte waren zugleich Passkopien von drei männlichen Personen beigelegt. Ein solches Einladungsschreiben wird regelmäßig für die Beantragung von Touristenvisa bei der deutschen Botschaft benötigt.

DOKUMENTENMISSBRAUCH

Visumpflichtige Arbeitnehmer aus Staaten des Balkans werden mit ge- oder verfälschten EU-Ausweispapieren nach Deutschland geschleust und melden unter dieser falschen Staatsangehörigkeit ein selbständiges Gewerbe in der Baubranche an. In der Folge üben sie als Scheinselbständige eine abhängige Beschäftigung in der Firma des Schleusers aus.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die Erfahrungen aus dem EV „Akku“ der GES zeigen, dass sich die Organisierte Kriminalität auch auf den Schleusungsbereich erstreckt und verstärkt auf die Überwindung der Schengenaußengrenzen spezialisiert hat. Eine internationale Organisation schleuste rund 2.000 Ausländer in die EU und auch nach Deutschland ein. Von der Türkei wurden die Migranten, zum Teil in eigens dafür umgebauten Lastkraftwagen, über Italien oder die Balkanroute in die nordeuropäischen EU-Mitgliedstaaten verbracht. Teilweise wurden die Schleusungswilligen auch mit Schiffen von türkischen Häfen nach Italien befördert, von wo aus dann die Weiterfahrt per Lastkraftwagen und Kleinbussen erfolgte. Die Geschäfte der Organisation wurden von Istanbul aus gesteuert. Ein Teil der eingesetzten Lastkraftwagen bzw. Auflieger wurde durch Tatbeteiligte aus Deutschland zur Verfügung gestellt bzw. beschafft oder auch gefahren.

Durch die Einbindung von EUROPOL³ konnten diverse Bezüge in andere EU-Mitgliedstaaten festgestellt werden. So waren neben Deutschland auch die Niederlande, Österreich, Italien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien sowie die Türkei und die Schweiz von den Schleusungshandlungen der Organisation betroffen. Zur Koordinierung der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten erfolgte parallel zu den Abklärungen über EUROPOL eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit EUROJUST⁴. Dadurch konnten Rechtshilfeersuchen schnell und unkompliziert umgesetzt und die Ermittlungen zügig vorangetrieben werden, was letztlich auch der Schlüssel zum Erfolg war.

³ *Europäisches Polizeiamt in Den Haag*

⁴ *Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit in Den Haag*

Im Rahmen der operativen Maßnahmen durchsuchten im Februar und Mai 2011 Beamte der Bundes- und Landespolizei insgesamt elf Wohnungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen dieser Aktion konnten elf Tatverdächtige im Alter zwischen 35 und 51 Jahren festgenommen werden. Nahezu zeitgleich war es den türkischen Behörden gelungen, 29 Tatverdächtige im Alter zwischen 30 und 55 Jahren im Großraum Istanbul festzunehmen.

Vor dem Landgericht Freiburg wurde Ende Januar 2012 das Verfahren gegen den Hauptbeschuldigten sowie gegen die sechs Tatverdächtigen aus Nordrhein-Westfalen eröffnet. Zum Ausgang der Verfahren in der Türkei ist hier bisher nichts bekannt geworden.

MENSCHENHANDEL ZUR SEXUELLEN AUSBEUTUNG

Im Jahr 2011 sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 51 (38) Fälle des Menschenhandels und der Förderung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung erfasst. Im Rahmen der Sondererhebung für das „Bundeslagebild Menschenhandel“ wurden von den Dienststellen in Baden-Württemberg 27 (25) abgeschlossene Ermittlungsverfahren gemeldet. Diese 27 Verfahren richteten sich gegen 31 männliche und fünf weibliche Tatverdächtige. Staatsangehörige aus Rumänien neun (42), Deutschland sechs (15) und Bulgarien sechs (13) stellten dabei etwa 58 % der Tatverdächtigen. Von den 32 Opfern waren vier Personen männlichen Geschlechts und 17 unter 21 Jahren alt. Aus Osteuropa stammten 69 % aller Opfer. Die größte Gruppe stellten mit zehn Personen die rumänischen Staatsangehörigen.

Vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts Stuttgart wird seit März 2011 das EV „Hummer“ des Regierungspräsidiums Stuttgart, Landespolizeidirektion, Dezernat Sonderfälle/Organisierte Kriminalität, verhandelt. Den neun männlichen und einer weiblichen Angeklagten wird vorgeworfen, als Menschenhändler Frauen unter anderem in den „Pussy-Club-Bordellen“ sexuell ausgebeutet zu haben.

Insgesamt konnten 296 potentielle Opfer, darunter 98 unter 21 Jahren, namentlich ermittelt werden, die sich zum Teil über mehrere Monate prostituieren mussten. Bei einzelnen Prostituierten konnte errechnet werden, dass sie pro Freier knapp über 3 Euro verdienten. Durch eine Beschränkung auf die signifikanten Einzelfälle und insbesondere auf die Opfer, die noch erreichbar waren und vernommen werden konnten, kamen 23 Einzelfälle zur Anklage. Fast alle Opfer konnten zur Hauptverhandlung beim Landgericht Stuttgart unter Mitwirkungen der rumänischen Behörden und des Fraueninformationszentrum (FIZ) Stuttgart gebracht werden und dort auch ihre Aussagen machen.

ANALYSEDARSTELLUNG

Sechs Angeklagte wurden bereits zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung bis zu vier Jahren und neun Monaten verurteilt. Das Verfahren gegen einen Angeklagten wurde unter Auflagen eingestellt. Gegen zwei Hauptverdächtige und einen weiteren Mittäter wird noch verhandelt.

MENSCHENHANDEL ZUR AUSBEUTUNG DER ARBEITSKRAFT

In der PKS wurden fünf (vier) Fälle des Menschenhandels und Förderung des Menschenhandels zur Ausbeutung der Arbeitskraft im Jahr 2011 erfasst. Zum Bundeslagebild wurde das nachstehende abgeschlossene Verfahren gemeldet.

Die Betreiber eines Kartoffelschälbetriebes und einer Großküche im Kreis Böblingen stehen im Verdacht, polnische Arbeitnehmer unter Ausbeutung ihrer Arbeitskraft beschäftigt zu haben. Zum Ernten der Kartoffeln und zur Zubereitung der Produkte heuerte das Paar in Osteuropa Arbeiter an, die für die versprochenen 30 Euro Tageslohn bis zu 20 Stunden am Tag Kartoffeln schälten und andere Arbeiten durchführen mussten. Wie erste Ermittlungen ergaben, erhielten die für die Unternehmer billigen Arbeitskräfte lediglich 25 Euro pro Woche, von denen sie teilweise noch ihren Lebensunterhalt bestreiten mussten. Die Auszahlung des vollen Lohnes erfolgte nur, wenn die Beendigung des „Arbeitsverhältnisses“ rechtzeitig angekündigt wurde und nicht vor der ursprünglich mündlich vereinbarten Dauer lag. Damit war eine Abhängigkeit geschaffen worden, die den Verdacht des Menschenhandels begründete.

In einer konzertierten Aktion der Staatsanwaltschaft Stuttgart, der Polizeidirektion Böblingen, des Hauptzollamtes Stuttgart, der Steuerfahndung Reutlingen und eines Vertreters der IG Bauern-Agrar-Umwelt (IG Bau) wurden am 3. August 2011 in sechs Objekten Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt. Die sieben angetroffenen osteuropäischen Arbeiterinnen und Arbeiter im Alter zwischen 17 und 53 Jahren wurden im Anschluss von Mitarbeitern der IG Bau betreut.

MASSNAHMEN

2 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN / GETROFFENE MASSNAHMEN

MENSCHENHANDEL ZUR SEXUELLEN AUSBEUTUNG

BUNDESWEITER „ACTION-DAY“

Am 12. Mai 2011 wurde ein gemeinsamer Fahndungs- und Kontrolltag zur Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschenhandels durchgeführt. Es wurden insgesamt 3.609 Personen überprüft, davon 1.063 Personen, die der Prostitution nachgingen. Dabei konnte lediglich ein Opfer des Menschenhandels im Bereich des Regierungspräsidiums Tübingen erkannt und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Die Sachbearbeitung erfolgt aktuell zuständigkeitshalber bei einer norddeutschen Polizeidienststelle.

Das Verhältnis zwischen kontrollierten Personen und festgestellten Opfern verdeutlicht die Notwendigkeit, Verdachtsfälle zu identifizieren und Ermittlungsansätze im Bereich Menschenhandel zu gewinnen.

STUDIE ZUM THEMA – DEUTSCHE BETROFFENE VON MENSCHENHANDEL –

Hintergrund der vorliegenden Expertise ist der Umstand, dass die Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel (FBS) bei ihrer Arbeit festgestellt haben, dass sie zunehmend deutsche Klientinnen betreuen. Im „Bundeslagebild Menschenhandel“ stellen diese seit 2006 stetig die größte nach Nationalität geordnete Gruppe Betroffener dar. Es gab bisher lediglich Vermutungen darüber, weshalb deutsche Staatsangehörige so häufig als Betroffene von Menschenhandel identifiziert wurden.

Die Studie konnte die Frage nach dem Grund für den hohen Anteil an deutschen Betroffenen nicht abschließend beantworten. Eine mögliche Erklärung wird in den Ermittlungsansätzen gesehen. Weil die Ermittlung von Sachverhalten mit grenzüberschreitendem Bezug aufwändiger ist, kann es zu einer Konzentration auf rein innerstaatliche Sachverhalte kommen, bei der dann primär deutsche Betroffene erfasst werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Expertise lag bei den Schwierigkeiten, die sich in der Arbeit mit deutschen Betroffenen von Menschenhandel ergeben können. Es wurden jeweils Empfehlungen erarbeitet, wie diesen Schwierigkeiten begegnet werden könnte. Die Ergebnisse verdeutlichen die Wichtigkeit, den Schutz von Zeugen durch Einhaltung des Datenschutzes in Strafverfahren zu gewährleisten.

MENSCHENHANDEL ZUR AUSBEUTUNG DER ARBEITSKRAFT

STUDIE -ENTWICKLUNG TRAGFÄHIGER UNTERSTÜTZUNGSSTRUKTUREN FÜR DIE BETROFFENEN VON MENSCHENHANDEL ZUR ARBEITSAUSBEUTUNG-

Im März 2011 wurde die vom KOK im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) koordinierte Studie „Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung in Deutschland“ fertig gestellt. Bis heute sind der Kenntnisstand zur tatsächlichen Ausprägung und zum Ausmaß des Phänomens Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft gering und verfügbare Daten widersprüchlich. Die Studie soll wesentlich dazu beitragen, vorhandene Wissenslücken zu schließen. Sie stellt die aktuelle Situation in Deutschland dar, befasst sich detailliert mit einer Vielzahl relevanter rechtlicher, sozialer und informatorischer Fragen und damit, welche Akteure sich mit Fragen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung (MH/A) auseinandersetzen beziehungsweise welche weiteren Akteure eingebunden werden sollten.

ANLAGEN

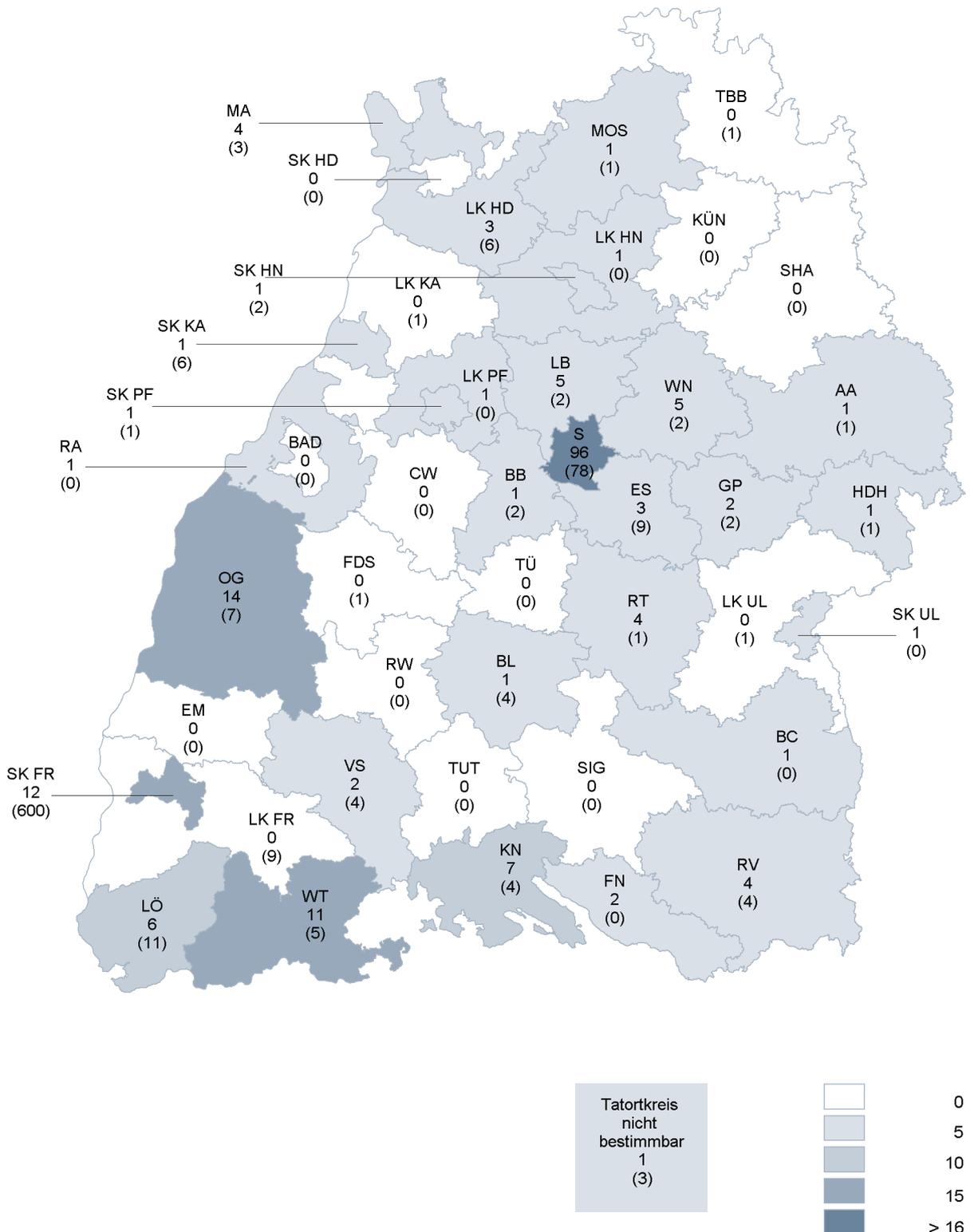
3 ANLAGEN

DEFINITION SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT

Schleusungskriminalität umfasst, neben allen Formen der Anstiftung und Beihilfe zur unerlaubten Einreise und zum unerlaubten Aufenthalt, eine Reihe von strafrechtlichen Tatbeständen und logistischen Vorbereitungshandlungen. Der Trend hin zu professionellen Strategien bei der Anwerbung von Ausländern in ihren Heimatländern, beim Erschleichen von Visa und Aufenthaltstiteln, bei der Dokumentenfälschung, Routenplanung, Bereitstellung von Transportmitteln, beim Anwerben von Schleusern und der Bestechung von Beamten zeichnet sich ab und erfordert ein hohes Organisationsniveau der Schleuserorganisationen.

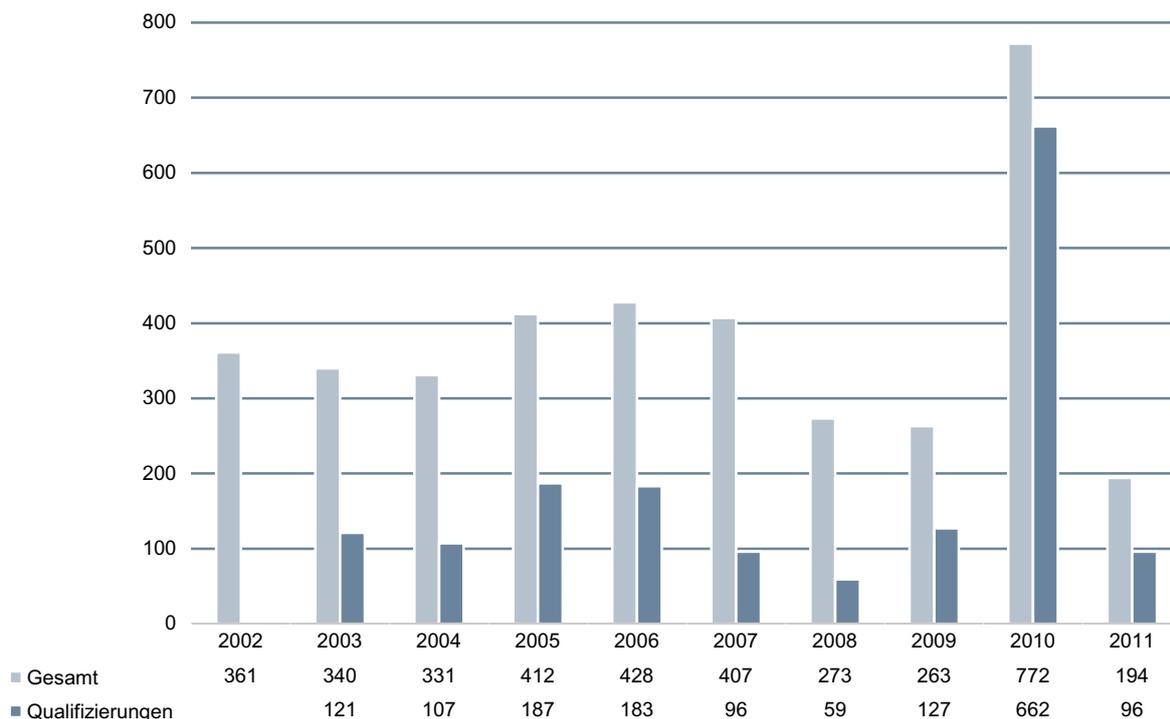
Des Weiteren zählt der Menschenhandel zu einer häufigen und besonders menschenverachtenden Form der Schleusungsfolgekriminalität. Er geht oft einher mit Gewalt und Erpressung.

EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN – GEOGRAFISCHE VERTEILUNG



ANLAGEN

EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN – DELIKTE⁵



EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN NACH TATORTEN

Delikt	Einschleusen		Qual. Einschleusen		Gesamtzahl	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011
erfasste Fälle						
Stadtkreis Stuttgart	40	32	38	64	78	96
Landkreis Böblingen	2	-	-	1	2	1
Landkreis Esslingen	6	1	3	2	9	3
Landkreis Göppingen	1	2	1	-	2	2
Landkreis Ludwigsburg	1	3	1	2	2	5
Landkreis Rems-Murr-Kreis	2	2	-	3	2	5
Stadtkreis Heilbronn	-	1	2	-	2	1
Landkreis Schwäbisch Hall	-	1	-	-	-	1
Landkreis Main-Tauber-Kreis	-	-	1	-	1	-
Landkreis Heidenheim	1	1	-	-	1	1
Landkreis Ostalbkreis	-	-	1	1	1	1
Stadtkreis Karlsruhe	4	1	2	-	6	1
Landkreis Karlsruhe	-	-	1	-	1	-
Landkreis Rastatt	-	1	-	-	-	1
Stadtkreis Mannheim	3	3	-	1	3	4
Lkr. Neckar-Odenwald-Kreis	-	-	1	1	1	1
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	5	3	1	-	6	3
Stadtkreis Pforzheim	1	1	-	-	1	1

⁵ Die qualifizierten Begehungsweisen wurden in der PKS erst ab 2003 gesondert abgebildet.

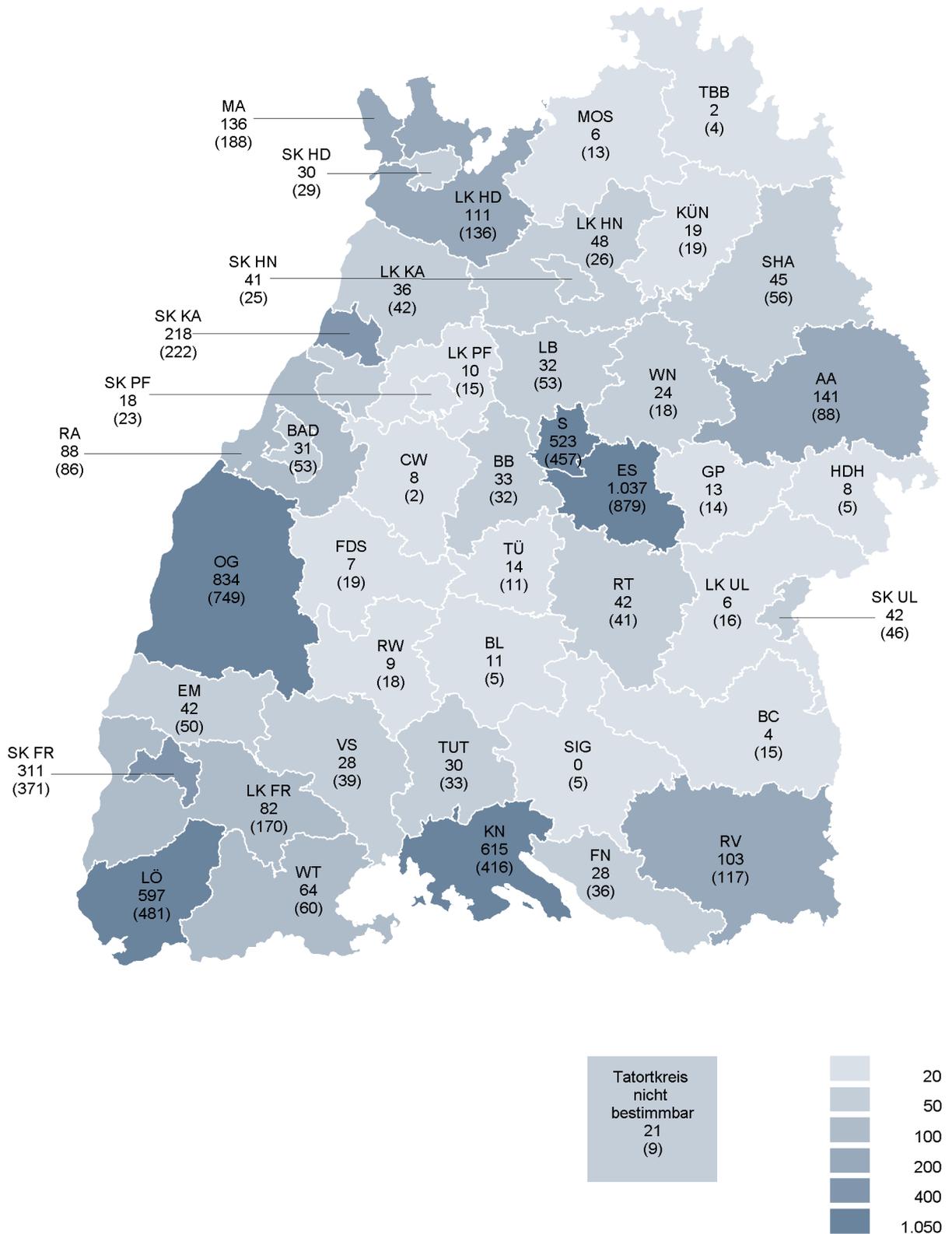
Landkreis Enzkreis	-	1	-	-	-	1
Landkreis Freudenstadt	1	-	-	-	1	-
Stadtkreis Freiburg	13	7	87	5	600	12
Landkreis Breisg.-Hochschwarzwald	7	-	2	-	9	-
Landkreis Ortenaukreis	6	13	1	1	7	14
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2	2	2	-	4	2
Landkreis Konstanz	3	3	1	4	4	7
Landkreis Lörrach	8	5	3	1	11	6
Landkreis Waldshut	2	9	3	2	5	11
Landkreis Reutlingen	1	4	-	-	1	4
Landkreis Zollernalbkreis	2	-	2	1	4	1
Stadtkreis Ulm	-	-	-	1	-	1
Landkreis Alb-Donau-Kreis	-	-	1	-	1	-
Landkreis Biberach	-	-	-	1	-	1
Landkreis Bodenseekreis	-	-	-	2	-	2
Landkreis Ravensburg	1	2	3	2	4	4
Tatortkreis nicht bestimmbar	-	-	3	1	3	1
Gesamt	110	98	662	96	772	194

EINSCHLEUSEN – HERKUNFT DER TATVERDÄCHTIGEN

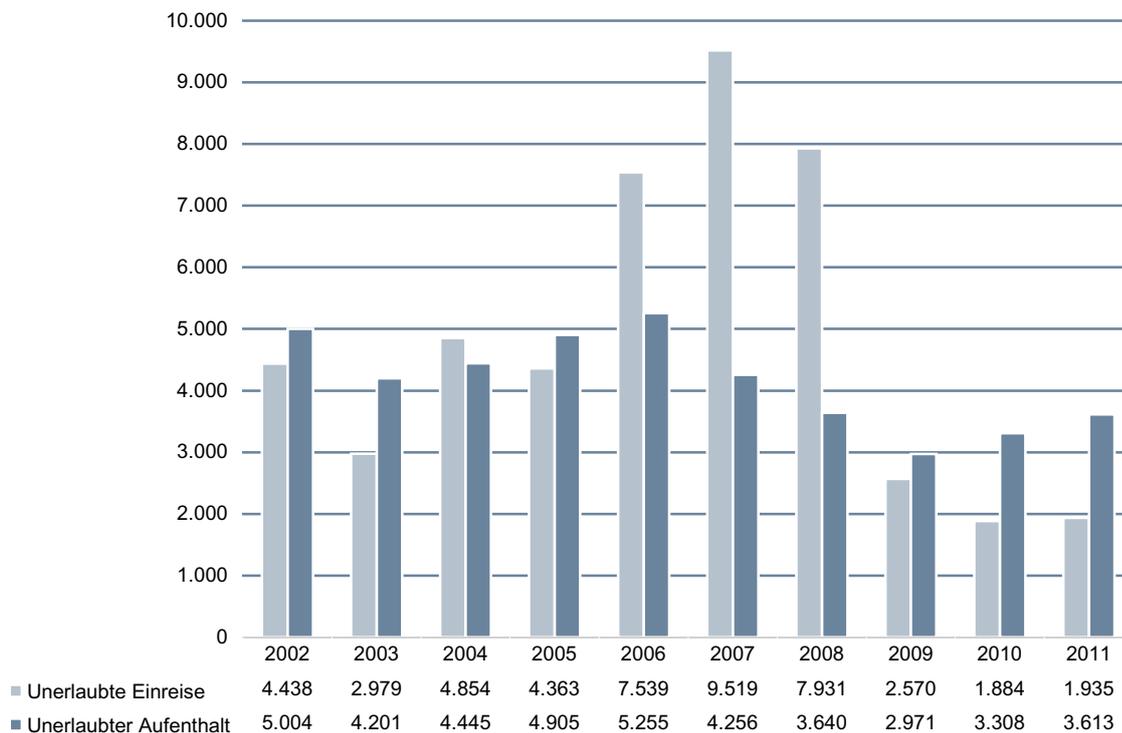
Tatverdächtige	2007	2008	2009	2010	2011
Gesamt	358	283	268	165	141
Deutschland	107	64	94	47	31
Irak	6	16	25	21	21
Türkei	26	30	43	10	17
China	16	6	2	7	7
Serbien u. Montenegro	37	28	10	10	5
Italien	-	-	-	-	4
Iran	-	-	-	-	4
Kosovo	-	-	-	6	4
Frankreich	-	-	-	-	3
Niederlande	4	7	6	1	3
Österreich	-	-	-	-	3
Russische Föderation	2	10	2	4	3
Pakistan	-	-	4	2	1
Indien	-	1	5	2	-
Mazedonien	4	7	4	-	-
Mongolei	-	2	11	1	-
Nigeria	6	5	3	5	-
Schweiz	28	25	6	2	-
Sri Lanka	4	7	1	1	-
Vietnam	-	1	6	2	-

ANLAGEN

UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – GEOGRAFISCHE VERTEILUNG



UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – DELIKTE



UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT NACH TATORTEN

Delikt	Unerlaubte Einreise		Unerl. Aufenthalt	
	2010	2011	2010	2011
erfasste Fälle				
Stadtkreis Stuttgart	98	121	359	402
Landkreis Böblingen	2	2	30	31
Landkreis Esslingen	267	228	612	809
Landkreis Göppingen	2	1	12	12
Landkreis Ludwigsburg	2	1	51	31
Landkreis Rems-Murr-Kreis	2	3	16	21
Stadtkreis Heilbronn	3	7	22	34
Landkreis Heilbronn	2	12	24	36
Landkreis Hohenlohekreis	2	11	17	8
Landkreis Schwäbisch Hall	-	2	56	43
Landkreis Main-Tauber-Kreis	1	-	3	2
Landkreis Heidenheim	3	1	2	7
Landkreis Ostalbkreis	5	5	83	136
Stadtkreis Baden-Baden	5	3	48	28
Stadtkreis Karlsruhe	46	49	176	169
Landkreis Karlsruhe	3	2	39	34
Landkreis Rastatt	31	16	55	72
Stadtkreis Heidelberg	1	3	28	27

ANLAGEN

Delikt	Unerlaubte Einreise		Unerl. Aufenthalt	
	2010	2011	2010	2011
erfasste Fälle				
Stadtkreis Mannheim	21	23	167	113
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis	-	1	13	5
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	15	11	121	100
Stadtkreis Pforzheim	7	2	16	16
Landkreis Calw	-	-	2	6
Landkreis Enzkreis	4	1	11	9
Landkreis Freudenstadt	-	1	19	6
Stadtkreis Freiburg	65	34	306	277
Landkreis Breisgau-Hochschw.	90	38	80	44
Landkreis Emmendingen	9	4	41	38
Landkreis Ortenaukreis	567	615	182	219
Landkreis Rottweil	5	3	13	6
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	6	5	33	23
Landkreis Tuttlingen	1	5	32	25
Landkreis Konstanz	228	194	188	421
Landkreis Lörrach	318	438	163	159
Landkreis Waldshut	35	37	25	27
Landkreis Reutlingen	4	6	37	36
Landkreis Tübingen	2	2	9	12
Landkreis Zollernalbkreis	-	1	5	10
Stadtkreis Ulm	9	14	37	28
Landkreis Alb-Donau-Kreis	4	2	12	4
Landkreis Biberach	1	-	14	4
Landkreis Bodenseekreis	7	7	29	21
Landkreis Ravensburg	7	8	110	95
Landkreis Sigmaringen	-	-	5	-
Tatortkreis nicht bestimmbar	4	16	5	5
Gesamt	1.884	1.935	3.308	3.613

UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – SACHBEARBEITUNG

Delikt	Unerlaubte Einreise		Unerl. Aufenthalt	
	2010	2011	2010	2011
erfasste Fälle				
Landespolizei BW	340	515	1.893	1.863
Bundespolizei in BW	1.536	1.403	1.402	1.730
Sonstige	8	17	13	20

UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – HERKUNFT DER TATVERDÄCHTIGEN

	2009	2010	2011
Tatverdächtige gesamt	5.686	5.271	5.605
ehemaliges Jugoslawien	953	1.347	1.103
Türkei	1.290	1.102	1.000
Maghreb-Staaten	465	384	781
Irak	261	213	393
Westafrikanische Staaten	319	270	268
Afghanistan	66	114	252
Russische Föderation	171	152	152
Georgien	79	105	111
Indien	98	88	111
Iran	50	56	105
Syrien	-	-	85
Pakistan	51	54	76
China	91	61	67
Somalia	-	-	66
Albanien	-	62	43
Sri Lanka	86	83	-
Armenien	37	53	-
Vietnam	55	51	-
Ukraine	56	50	-

TATVERDÄCHTIGE AUS DEN NACHFOLGESTAATEN DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN

	2007	2008	2009	2010	2011
Tatverdächtige gesamt	5.418	4.302	953	1.347	1.103
Kosovo	-	-	322	526	398
Serbien	-	-	-	333	298
Mazedonien	1.018	758	136	115	112
Bosnien-Herzegowina	511	402	91	91	89
Jugoslawien	292	148	129	135	85
Kroatien	130	158	128	96	82
Serbien-Montenegro	1.998	123	49	50	30
Montenegro	36	26	5	10	9
Slowenien	4	-	5	1	-

ANLAGEN

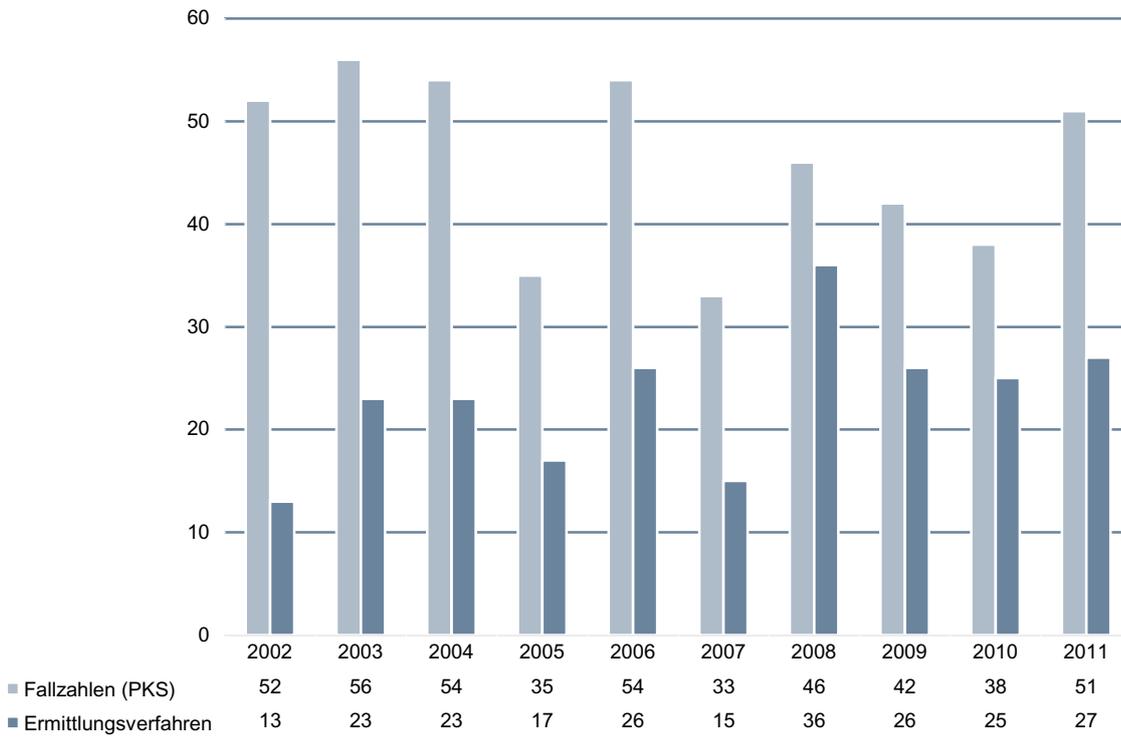
TATVERDÄCHTIGE AUS DEN MAGHREB-STAATEN

	2007	2008	2009	2010	2011
Tatverdächtige gesamt	641	730	465	384	781
Tunesien	154	174	75	64	359
Algerien	192	214	169	192	225
Marokko	290	337	211	121	141
Libyen	-	-	6	2	53
Mauretanien	5	5	4	5	3

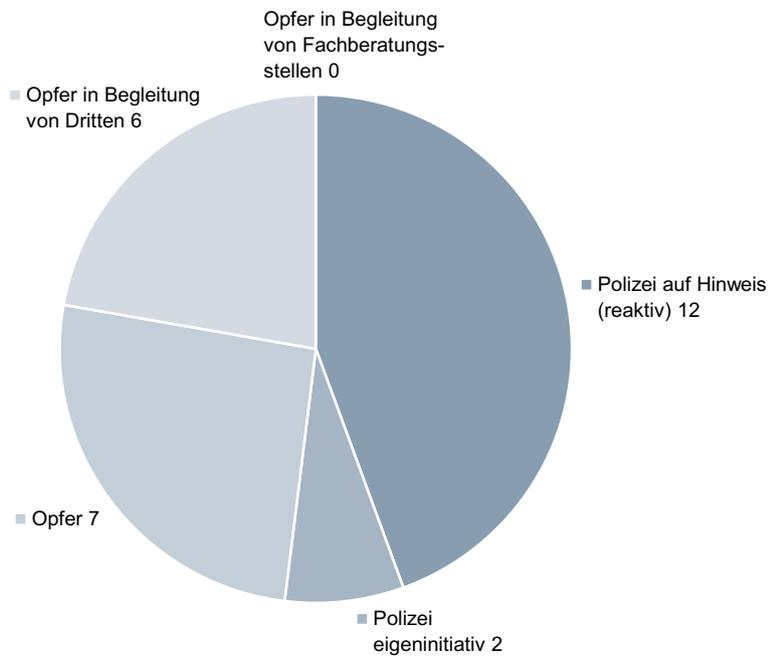
TATVERDÄCHTIGE AUS DEN WESTAFRIKANISCHEN STAATEN

	2007	2008	2009	2010	2011
Tatverdächtige gesamt	588	539	319	270	268
Nigeria	124	124	85	71	72
Ghana	61	58	46	30	47
Gambia	26	14	15	27	30
Kamerun	156	149	50	42	30
Togo	28	27	16	12	17
Sierra Leone	23	18	10	8	14
Senegal	42	40	23	13	12
Elfenbeinküste	28	24	17	10	11
Guinea	30	19	15	19	9
Liberia	22	22	22	13	6
Mali	15	11	5	4	6
Benin	9	9	4	4	4
Niger	1	5	1	2	4
Guinea-Bissau	4	4	2	5	4
Kap Verde	12	11	4	4	1
Burkina Faso	5	3	4	6	1
Äquatorial Guinea	2	1	-	-	-

MENSCHENHANDEL/FÖRDERUNG DES MENSCHENHANDELS (SEXUELLE AUSBEUTUNG)



VERFAHRENSINITIIERUNGEN DURCH



ANLAGEN

HERKUNFTSSTAATEN DER TATVERDÄCHTIGEN

	2007	2008	2009	2010	2011
Tatverdächtige gesamt	35	77	46	85	36
Bosnien-Herzegowina	-	-	1	-	1
Bulgarien	4	5	13	13	6
Deutschland	10	14	13	15	6
Griechenland	-	-	2	-	-
Italien	-	3	-	-	-
Iran	-	-	-	1	1
Jugoslawien	-	17	-	-	2
Kroatien	1	-	-	1	1
Mazedonien	1	-	-	-	-
Nigeria	3	1	-	-	2
Polen	-	-	-	1	-
Rumänien	2	1	10	42	9
Russland	1	-	-	-	-
Serbien	2	13	-	1	1
Sierra Leone	-	1	-	-	-
Slowakei	1	-	2	2	1
Tschechien	1	-	-	2	-
Türkei	4	5	7	-	-
Ukraine	1	-	-	-	-
Ungarn	3	-	11	-	-
Unbekannt	2	5	-	7	6

Informationen zu den Geburtsländern der deutschen Tatverdächtigen:

- 2007: Drei Tatverdächtige stammen aus Kasachstan, einer aus Usbekistan.
- 2008: Zwei Täter stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien.
- 2009: Zwei Täter sind in Bulgarien, jeweils einer im Iran, Kasachstan, Rumänien und Türkei geboren.
- 2010: In Kasachstan und Rumänien sind jeweils zwei, in Russland, Serbien, Spanien und der Türkei jeweils ein Täter geboren.
- 2011: Ein Täter ist in der Türkei geboren.

HERKUNFTSSTAATEN DER OPFER

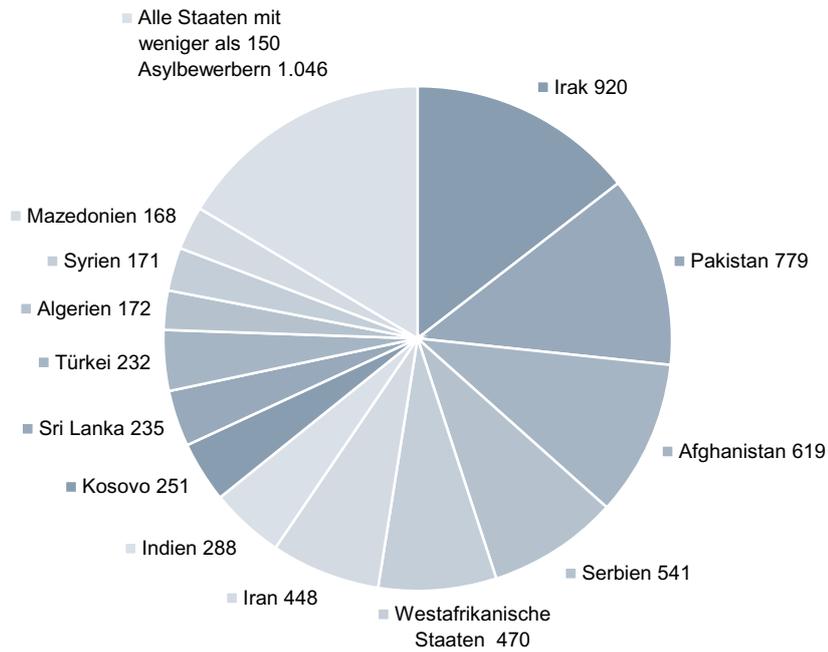
	2007	2008	2009	2010	2011
Opfer gesamt	47	44	40	52	32
Bosnien-Herzegowina	1	-	-	-	1
Bulgarien	4	6	11	8	6
Deutschland	4	6	9	7	6
Italien	-	-	-	-	1
Lettland	1	-	-	1	-
Litauen	1	-	-	-	-
Makedonien	-	-	-	-	1
Nigeria	10	3	-	1	1
Polen	-	1	2	3	-
Republik Moldau	-	-	1	-	-
Rumänien	4	11	12	28	10
Russland	11	-	-	-	-
Schweiz	-	1	-	-	-
Serbien	-	-	-	1	1
Sierra Leone	1	-	-	-	-
Slowakei	-	1	2	-	2
Tschechien	1	3	-	2	-
Türkei	2	-	1	-	-
Ukraine	1	-	-	-	-
Ungarn	2	12	-	1	1
Usbekistan	2	-	-	-	-
Weißrussland	1	-	-	-	-
Unbekannt	1	-	2	-	2

ASYLANTRAGSTELLER IN BADEN-WÜRTTEMBERG

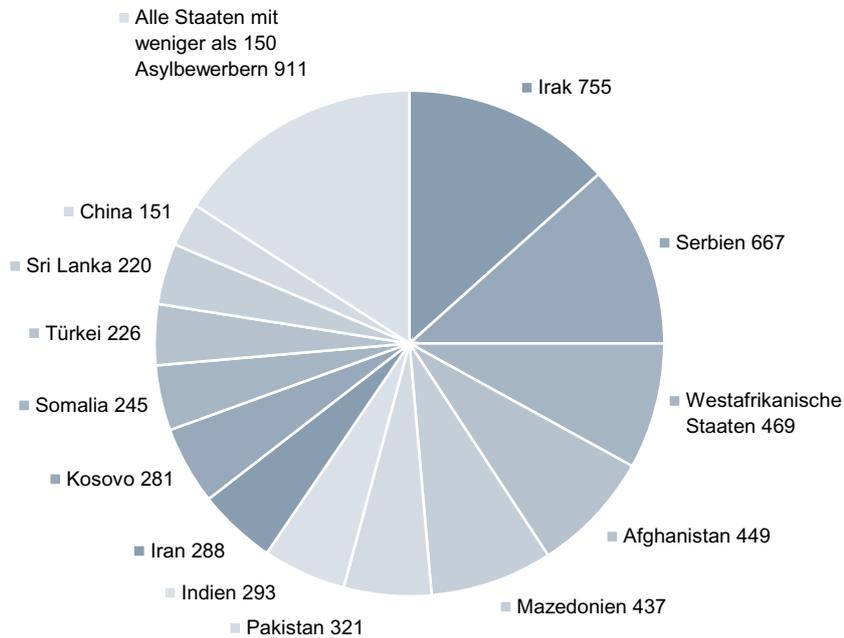
	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl	2.451	3.108	3.564	5.713	6.340

ANLAGEN

HERKUNFT DER HÄUFIGSTEN ASYLANTRAGSTELLER IN BADEN-WÜRTTEMBERG 2011



HERKUNFT DER HÄUFIGSTEN ASYLANTRAGSTELLER IN BADEN-WÜRTTEMBERG 2010



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Telefon 0711 5401-2020 und -2021

Fax 0711 5401-2025

E-Mail stuttgart.lka.oe@polizei.bwl.de

2011

60 JAHRE
LANDESKRIMINALAMT
Baden-Württemberg

